

**21.05.21**

AV

**Gesetzesbeschluss  
des Deutschen Bundestages**

---

**Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes - Verbot des  
Kükentötens**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 230. Sitzung am 20. Mai 2021 aufgrund der Beschlussempfehlung und des Berichtes des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft – Drucksache 19/29849 – den von der Bundesregierung eingebrachten

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes – Verbot des  
Kükentötens****– Drucksache 19/27630 –**

mit beigefügten Maßgaben, im Übrigen unverändert angenommen.

---

Fristablauf: 11.06.21

Erster Durchgang: Drs. 48/21

1. Artikel 1 wird wie folgt gefasst:

### Artikel 1

#### Änderung des Tierschutzgesetzes

Das Tierschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), das zuletzt durch [...] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 4b wird folgender § 4c eingefügt:

#### „§ 4c

- (1) Es ist verboten, Küken von Haushühnern der Art Gallus gallus zu töten.
  - (2) Das Verbot gilt nicht
    1. für den Fall, dass eine Tötung der Küken
      - a) nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen vorgeschrieben oder angeordnet worden ist oder
      - b) im Einzelfall aus Gründen des Tierschutzes erforderlich ist,
    2. für nicht schlupffähige Küken,
    3. für Stubenküken nach Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 543/2008 der Kommission vom 16. Juni 2008 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch (ABl. L 157 vom 17.6.2008, S. 46; L 8 vom 13.1.2009, S. 33), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 519/2013 der Kommission vom 21. Februar 2013 (ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 74) geändert worden ist, und
    4. für Küken,
      - a) die zur Verwendung in Tierversuchen bestimmt sind oder
      - b) deren Gewebe oder Organe dazu bestimmt sind, zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet zu werden.“
  2. Nach § 21 Absatz 6 wird folgender Absatz 6a eingefügt:

„(6a) Das Bundesministerium berichtet bis zum 31. März 2023 dem zuständigen Fachausschuss des Deutschen Bundestages über den Stand der Entwicklung von Verfahren und Methoden zur Geschlechtsbestimmung im Hühnerei vor dem siebten Bebrütungstag.“ ‘
2. Artikel 2 wird wie folgt geändert:
    - a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
      1. Dem § 4c wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Ab dem siebten Bebrütungstag ist es verboten, bei oder nach der Anwendung eines Verfahrens zur Geschlechtsbestimmung im Hühnerei

1. einen Eingriff an einem Hühnerei vorzunehmen, der den Tod des Hühnerembryos verursacht, oder
2. einen Abbruch des Brutvorgangs vorzunehmen, der den Tod des Hühnerembryos verursacht.“ ‘

b) In Nummer 2 wird die Angabe „Absatz 2“ durch die Angabe „Absatz 3“ ersetzt.